

## Zwischen Ignoranz, Delegation und dem Ruf nach militärischem Aktionismus

Die internationale  
Staatengemeinschaft und der  
Konflikt in Darfur

von Helen Radeke und Wolf-Christian Paes

Die sudanesische Krisenprovinz Darfur im Oktober 2006: Während die Vereinten Nationen (VN) von der größten humanitären Katastrophe der Gegenwart und die Regierung in Washington sogar von einem Völkermord spricht, ist die Zukunft der Friedenstruppe AMIS (*African Union Mission in Sudan*) weiter ungeklärt. Nach dem anfänglichen Enthusiasmus der internationalen Gemeinschaft war die Kritik an den „Grünhelmen“ der Afrikanischen Union (AU) seit Anfang des Jahres kontinuierlich gewachsen. Menschenrechtsorganisationen aber auch die Vertreter europäischer Staaten und der USA warfen den 7.200 afrikanischen Soldaten vor, den Tod von mehr als 250.000 Menschen und die Vertreibung von weiteren 2,5 Millionen Menschen nicht verhindert zu haben. Angetreten mit dem Mandat den „humanitären Waffenstillstand“ vom April 2004 (im Mai 2006 zum *Darfur Peace Agreement* erweitert<sup>1</sup>) zwischen den sudanesischen Regierungsmilizen und den Vertretern der verschiedenen Rebellengruppen zu überwachen, ist die AMIS auf die finanzielle und logistische Unterstützung der westlichen Geberstaaten angewiesen. Während der Sicherheitsrat in New York mit der Resolution 1706 die Ablösung der AMIS durch eine Blauhelmsuppe mit dreifacher Sollstärke bis Ende des Jahres fordert, weigert sich die Regierung von Präsident al-Bashir in Khartum, der Entsendung westlicher Soldaten nach Darfur zuzustimmen. Im September 2006 schien es für einige Wochen, als ob AMIS sich nach dieser Entscheidung sogar zurückziehen und die Zivilbevölkerung in Darfur gänzlich schutzlos bleiben würde, bis die Afrikanische Union sich doch zu einer Mandatsverlängerung bis Ende des Jahres durchrang.

Der Einsatz der AMIS in Darfur ist verschiedentlich zum Testfall für die neue afrikanische Sicherheitsarchitektur stilisiert worden, doch bevor das Scheitern des Einsatzes attestiert wird, sollten in diesem BICC Focus die Hintergründe und Einsatzbedingungen der Mission untersucht werden. Im Raum steht dabei die Frage, ob das Mandat und die der AMIS zur Verfügung stehenden Ressourcen ausreichen, um das fragile Friedensabkommen effektiv zu überwachen. Auch die Rolle der westlichen Staatengemeinschaft, deren Position in den letzten drei Jahren mehrfach zwischen Ignoranz, Delegation von Verantwortung an die Afrikanische Union und humanitärem Interventionismus changierte, ist in ihrer Auswirkung auf den Konflikt kritisch zu hinterfragen.

### Darfur: Politisierte ethnische Gewalt an der sudanesischen Peripherie

Lange überschattet vom Bürgerkrieg im Süden des Sudan werden die komplexen Ursachen des aktuellen Konflikts in Darfur international kaum verstanden. Die Wahrnehmung des Westens wird durch die Bilder von verarmten afrikanischen Vertriebenen auf der Flucht vor arabischen Reitermilizen dominiert. Dabei geraten die politischen und sozio-ökonomischen Ursachen der Gewalt in den Hintergrund. An der Westgrenze Sudans gelegen, ist Darfur in den Worten des Afrikaexperten Alex de Waal ein „Gefangener seiner Geographie“<sup>2</sup>. Weit entfernt vom wirtschaftlichen und politischen Herzen des Landes, dem prosperierenden Niltal, ist das ehemals mächtige Sultanat der Fur seit seiner Einverleibung in den sudanesischen Staatsverband 1916



systematisch vernachlässigt worden. Wie die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien, versuchte nach der Unabhängigkeit 1956 auch die sudanesishe Zentralregierung in Khartum, die Bevölkerung Darfurs entlang ethnischer Linien zu beherrschen. Sie vernachlässigte jedoch die Entwicklung der zunehmend marginalisierten Provinz, in der 1984/85 eine schwere Hungersnot herrschte. Als Vorläufer des heutigen Konflikts gelten insbesondere die bewaffneten Auseinandersetzungen der 1980er Jahre, die nach anhaltenden Dürren vornehmlich um knapper werdende Ressourcen ausgetragen wurden<sup>3</sup>.

In den vergangenen Jahrzehnten kam eine ethnische Dimension des Konflikts hinzu. Während die Identität der verschiedenen afrikanischen und arabischen Bevölkerungsgruppen jahrhundertlang durch Produktionsweise und Siedlungsgebiet bestimmt waren und „Mischehen“ zwischen unterschiedlichen Gruppen zum Alltag gehörten, manipulierte die Regierung in Khartum nun das fragile Gleichgewicht durch das auch in anderen Landesteilen praktizierte Modell der gezielten Bewaffnung von *Friendly Forces*. In Darfur bedeutete dies konkret die Bevorzugung von arabischen Bevölkerungsgruppen gegenüber der afrikanischen Bevölkerung, wobei seit den 1980er Jahren auch die Verbreitung von rassistischem Gedankengut einer arabischen Überlegenheit in Teilen der politischen Führung Darfurs hinzukam. Die Wurzeln dieser unter dem Namen *Tajamu al Arabi* („Afrikanische Sammlung“) bekannte Bewegung können bis in die Zeit „libyscher Expansionssträume“ (1980er Jahre) im Sahararaum zurückverfolgt werden. Dazu kommt eine internationale Dimension: Zwischen 1987 und 1989 diente Darfur als Rückzugsraum von libysch unterstützten Oppositionsgruppen aus dem Tschad, deren bewaffnete Mitglieder anschließend zum Teil in der Region verblieben<sup>4</sup>. Auch der Bürgerkrieg im Süden des Sudans und die Machtkämpfe der herrschenden Islamisten in Khartum hatten Auswirkungen auf Darfur. So werden dem *Justice and Equality Movement* (JEM) Verbindungen zum *Popular Congress*, der Partei des Islamisten Hassan al-Turabi, nachgesagt, der seine konfliktreiche Zusammenarbeit mit Präsident al-Bashir Ende der 1990er Jahre aufgab. Die *Sudan Liberation Army* (SLA) dagegen unterhält ihrerseits politische und militärische Verbindungen zur *Sudan People's Liberation Army* (SPLA), der Rebellengruppe aus dem Süden des Landes. Beide bewaffnete Gruppen äußerten Kritik an der Vernachlässigung der Provinz Darfur durch Khartum und forderten eine stärkere Beteiligung der Peripherie am wirtschaftlichen Aufschwung des Landes. Auf den Beginn der Guerillaoperationen durch die SLA Anfang 2003 antwortete

die Regierung mit Luftangriffen auf afrikanische Dörfer und – nach altem Muster – mit der Bewaffnung von arabischen Milizen, die als *Janjaweed* bekannt wurden. Auch die potentiell ertragreichen Ölquellen im Süden Darfurs könnten, ebenso wie im Südsudan, einen Einfluss auf die Konfliktdynamik haben<sup>5</sup>.

### Ignorieren, diskutieren, delegieren: Die internationale Gemeinschaft und die Darfur-Krise

In den ersten Monaten der Krise wurde die internationale Aufmerksamkeit durch die Friedensverhandlungen zwischen der Regierung in Khartum und der SPLA dominiert. Zwar versuchten verschiedene Regierungen auf dem Verhandlungsweg eine diplomatische Lösung auch für Darfur zu finden. Um die Friedensverhandlungen im Süden des Landes jedoch nicht zu gefährden, fiel der internationale Druck auf die sudanesishe Regierung zunächst sehr gering aus und hinterließ bei vielen Beobachtern den Eindruck der Straffreiheit für die Ereignisse in Darfur<sup>6</sup>.

Erst im April 2004 gelang es, unter der Schirmherrschaft des Tschads, das Humanitäre Waffenstillstandsabkommen zwischen der Regierung und den Rebellen zu unterzeichnen, dessen Ziel in der verbesserten Versorgung der Flüchtlinge im Grenzgebiet zwischen Darfur und dem Tschad bestand. Die kontinuierliche Obstruktionspolitik der sudanesischen Regierung und ihre Versuche, die ausländischen Regierungen gegeneinander auszuspielen, hatten einen großen Anteil an den nur zögerlichen Fortschritten. Hinzu kamen widersprüchliche Interessen der beteiligten Regierungen, Kompetenzgerangel um Führungsrollen und Einflussphasen sowie nicht zuletzt die unzureichende politische Positionierung der Rebellen<sup>7</sup>. Die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen wiederum wurde stark durch den mangelnden politischen Willen der Sicherheitsratsmitglieder eingeschränkt, eine klarere Linie in Darfur zu verfolgen und ihrer Rhetorik mit deutlicherem Engagement auf diplomatischer und militärischer Ebene Nachdruck zu verleihen. Daher gingen die Beiträge der internationalen Gemeinschaft zunächst nicht über das humanitäre Feld hinaus<sup>8</sup>.

Obwohl der Sicherheitsrat bereits Mitte 2004 eine Frist zur Entwaffnung der Milizen verhängt hatte, ließ er sie wiederholt ungestraft verstreichen und verließ sich immer wieder auf mündliche Zusagen aus Khartum. Auch die folgenden Resolutionen litten an ihrem Kompromisscharakter. Poli-

tische Interessen, wie das Beharren Chinas und Russlands auf dem Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und die enge Zusammenarbeit Washingtons mit den sudanesischen Sicherheitsbehörden im „Krieg gegen den internationalen Terrorismus“, standen schärferen Formulierungen und der konsequenten Durchsetzung effektiver Resolutionen ebenso entgegen wie wirtschaftliche Interessen, wie z.B. der Handel mit Waffen und Öl<sup>9</sup>.

### Afrikanische Antworten auf afrikanische Probleme: Die Afrikanische Union in Darfur

Aufgrund der politischen und militärischen Impotenz der Vereinten Nationen im Fall von Darfur stieg das Interesse an einem alternativen regionalen Sicherheitsakteur. Dieser fand sich in der Afrikanischen Union, die sich nach ihrer Neugründung 2002 verstärkt als sicherheitspolitischer Faktor etablieren konnte und mit einer Friedensmission in Burundi auch über erste Erfahrungen in diesem Bereich verfügte. Sowohl die Ausstattung als auch das Mandat von AMIS waren jedoch unzureichend: "They were told to monitor the ceasefire, but when they arrived, they were challenged by the situation and the expectations placed upon them to respond to humanitarian issues and the protection of the civilian population"<sup>10</sup>.

Die im Juli 2004 entsandte kleine Gruppe von Militärbeobachtern verfügte lediglich über das Mandat, die Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens zu überwachen, während ihre eigene Sicherheit durch zusätzliche Soldaten gewährleistet werden sollte. Charakterisiert wurde AMIS von Beginn an durch den Mangel an wichtigen Ressourcen: Logistik, Transportkapazitäten sowie qualifiziertes Personal. Ohne Fahrzeuge und mit lediglich zwei Satellitentelefonen ausgestattet, war es unmöglich, ein Gebiet von der Größe Frankreichs zu überwachen. Entgegen der Annahme, die Regierung des Sudans werde nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands den Schutz der Bevölkerung sicherstellen<sup>11</sup>, verfolgte Khartum ab Oktober 2004 vielmehr eine offensive militärische Strategie in Darfur aus Luftangriffen und der gezielten Vertreibung von Teilen der Zivilbevölkerung, welche die humanitäre Situation weiter eskalieren ließ.

In der Folge wurden die Zusammensetzung sowie das Mandat von AMIS jedoch sukzessive ausgeweitet und AMIS II (Oktober 2004) bzw. AMIS IIE (*enhanced*; April 2005) ins Leben gerufen. Ergänzt um eine Polizeikomponente und mit der Befugnis „zur allgemeinen Sicherheitslage in Darfur beizutragen“, litt jedoch auch AMIS II unter dem Mangel an

unmissverständlichen und allgemein bekannten Einsatzregeln. Verzögerungen bei der Truppenaufstellung und Finanzierungslücken behinderten zudem die Umsetzung des Mandats, obwohl der AU zugute gehalten wird, dass AMIS-Truppen trotz der Widrigkeiten versuchten, dort, wo sie präsent waren, zu einer Verbesserung der Sicherheitslage beizutragen.

Nachdem mit AMIS IIE dem Schutz der Bevölkerung Priorität eingeräumt worden war, verfolgte die Regierung des Sudan weiterhin eine Verzögerungstaktik, indem sie Ende 2005 die Auslieferung von 105 von Kanada gespendeten und dringend benötigten gepanzerten Mannschaftstransportwagen behinderte. Zugleich nahmen direkte Angriffe auf AMIS-Truppen zu, an denen auch Regierungssoldaten teilgenommen haben sollen. Insgesamt hat sich die Sicherheitslage seit Oktober 2005 daher weiter verschärft<sup>12</sup>. Auch die Unterzeichnung des erweiterten *Darfur Peace Agreement* durch die Regierung und einer Fraktion der inzwischen gespaltenen SLA im Mai 2006 hat daran nichts geändert. Vielmehr gibt es Anzeichen dafür, dass sich Teile der SLA mittlerweile zu einer Regierungsmiliz entwickelt haben<sup>13</sup>, während die anderen Rebellengruppen ihre Aktivitäten in der Provinz ausweiteten. Die AMIS-Truppen, seit dem Friedensabkommen zusätzlich mit der Überwachung des Entwaffnungsprozesses und der Demobilisierung der Konfliktparteien beauftragt, sahen sich aufgrund ihres Ressourcenmangels zu einem teilweisen Rückzug gezwungen, was sie in den Augen der Bevölkerung weiter diskreditiert und dem Eindruck der Parteilichkeit auf Seiten Khartums Vorschub geleistet hat.

Beobachter in Khartum weisen der Darfurkrise das Potential zu, das Überleben des Regimes in Khartum und den Friedensprozess im Südsudan zu gefährden<sup>14</sup>. Während die Regierung al-Bashir die Präsenz westlicher Soldaten der Blauhelmtrooppe UNMIS (*United Nations Mission in Sudan*) im Süden des Landes tolerieren, ist ihre Präsenz in Darfur zu einer Überlebensfrage für die sudanesischen Regierung geworden. Radikale Kreise im Nordsudan drohen mit gewaltsamen Aktionen, wenn die sudanesischen Regierung einer Ausweitung der VN-Mission nach Darfur zustimme. Gleichzeitig wächst innerhalb der westlichen Staatengemeinschaft der Ruf nach einer humanitären Intervention auch ohne ein Mandat der Vereinten Nationen, etwa im Rahmen der NATO. Angesichts einer möglichen „Irakisierung“ des Sudans als Folge eines solchen Szenarios, lohnt sich die Frage, wie die Afrikanische Union als zur Zeit einziger von Khartum akzeptierter Friedensakteur gestärkt werden kann.

## Die Afrikanische Union als regionaler Sicherheitsakteur

Die Sicherheitsarchitektur der Afrikanischen Union ist im Vergleich zu ihrer Vorgängerorganisation *Organization of African Unity* (OAU) ein sehr viel ambitionierteres Projekt, welches jedoch noch in den Kinderschuhen steckt. So besteht der Friedens- und Sicherheitsrat der AU lediglich seit Dezember 2003 und der Auf- und Ausbau weiterer Strukturen ist erst für die nächsten Jahre geplant. Die Finanzierung dieser Mechanismen übersteigt die Möglichkeiten der AU-Mitglieder und so etablierte die Europäische Union auf Anfrage der AU die *African Peace Facility* (APF) zur Unterstützung afrikanischer Friedensoperationen im Rahmen des Europäischen Entwicklungsfonds<sup>15</sup>. Seit Juni 2004 sind AMIS aus dem bis 2007 festgeschriebenen Fonds 212 Millionen Euro zugekommen<sup>16</sup>, womit die europäische Entwicklungszusammenarbeit zum wichtigsten Finanzier der Mission aufgestiegen ist. Problematisch war dabei in der Vergangenheit vor allem, dass die APF nicht zur Finanzierung von militärischer Ausrüstung eingesetzt werden darf, gerade in diesem Bereich aber in Darfur die größten Defizite bestehen<sup>17</sup>. Auch wenn sich grundsätzlich die Frage stellt, ob Entwicklungshilfegelder zur Finanzierung von militärischen Missionen genutzt werden sollten, bot diese europäische „Scheckbuchdiplomatie“ den westlichen Regierungen lange Zeit auch die Möglichkeit die eigene Passivität zu verstecken.

Neben der materiellen Dimension litt der Einsatz der Afrikanischen Union aber auch unter dem Mangel an vorausschauender Planung und fehlenden Managementkapazitäten<sup>18</sup>. Zu Beginn des Einsatzes verfügte die AU über weniger Mitarbeiter im gesamten Sudan als eine mittelgroße Hilfsorganisation allein in Darfur, und diese wenigen Soldaten waren völlig überlastet: „The AU doesn't even have the capacity to start building capacity“, so der Kommentar eines militärischen Beobachters<sup>19</sup>. Während mittlerweile kein Mangel mehr an Infanteristen besteht, fehlt es der AMIS an gut ausgebildeten Spezialisten in den Bereichen Signalaufklärung, Nachrichtendienst und Stabsdienst sowie an mobilen Spezialeinheiten. In diesem Bereich – aber auch beim langfristigen Aufbau von institutionellen Fähigkeiten – ist die westliche Gebergemeinschaft gefragt. Zwar bestehen mit Einrichtungen wie dem *Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre* (KAIPTC) in Ghana erste Ansätze zur gezielten Unterstützung afrikanischer Staaten beim Aufbau lokaler Kapazitäten, aber vielerorts verharren diese Initiativen noch im Anfangsstadium oder haben sich im Dickicht der Entwicklungsbürokratien verfangen.

Die Afrikanische Union hat aus den ersten Erfahrungen sowie der Kritik an der Mission gelernt und das Mandat von AMIS beständig ausgeweitet. Gleichwohl stellt sich die Frage, wie der sudanesischen Regierung begegnet werden soll, welche die Mission permanent behindert. Dies gilt auch für die internationale Gemeinschaft, die zunächst dem Friedensprozess im Süden Priorität einräumte und es dabei versäumte, beide Prozesse miteinander zu verknüpfen. Neben der immer wieder ins Spiel gebrachten „militärischen Option“, d.h. einer Intervention in Darfur ohne Zustimmung der Regierung in Khartum, existieren mit dem internationalen Strafgerichtshof und dem Instrumentarium internationaler Sanktionen weitere diplomatische Möglichkeiten, um Einfluss auf die sudanesische Führung zu nehmen<sup>20</sup>. Mit der Verabschiedung der Resolution 1593 hat der VN-Sicherheitsrat im März 2005 die Situation in Darfur dem Internationalen Strafgerichtshof unterbreitet. Auch gezielte internationale Sanktionen – etwa Reisebeschränkungen gegen führende Persönlichkeiten des Regimes oder Embargos gegen die Ölindustrie, wie sie etwa von der *International Crisis Group* (ICG) gefordert werden<sup>21</sup>, – könnten geeignete Wege sein, um ein Einlenken der sudanesischen Regierung zu erzwingen. Sie erfordern jedoch ein größeres Maß an Übereinstimmung zwischen den wichtigsten Vertretern im Sicherheitsrat als in der Vergangenheit zu erkennen war. Gleichzeitig sind diese Schritte auch nicht ohne politisches Risiko: So mag die Furcht vor der Auslieferung von Angeklagten an den Strafgerichtshof ein Faktor bei der ablehnenden Haltung Khartums gegenüber einer Blauhelmmtruppe in Darfur sein.

## Gesucht: Integrierte Konfliktlösungsstrategien der internationalen Gemeinschaft

Der Darfur-Einsatz der Afrikanischen Union als „Testfall“ für die neue afrikanische Sicherheitsarchitektur enthält aber auch eine Reihe von wichtigen Lehren für die internationale Gemeinschaft. So können sich die Regierungen der Industriestaaten ihrer moralischen Verantwortung für die Menschen in Darfur eben nicht durch die Delegation an die AU (verbunden mit einer finanziellen Mitgift) entledigen. Es mutet paradox an, dass eben jene westlichen Regierungen, denen es anfangs am politischen Willen für einen Einsatz der VN mangelte, die AU-Mission zunächst begrüßten, ihre Unterstützung zugleich vernachlässigten und schließlich die daraus unmittelbar resultierenden Unzulänglichkeiten als Grund für eine Ablösung durch eine Blauhelmission angeben. Schwerer noch wiegt jedoch das Versäumnis aller Beteiligten sich ernsthafte Gedanken über die politischen und sozio-ökonomischen Ursachen des Konfliktes machen. Auch eine besser ausgerüstete internationale Truppe als die AMIS



Wolf-Christian Paes ist Politik- und Verwaltungswissenschaftler und arbeitet als Projektleiter am BICC



Helen Radeke ist Politikwissenschaftlerin und absolvierte ein Praktikum am BICC

hätte kaum eine Chance einen Frieden zu wahren, der von wesentlichen Akteuren in Darfur abgelehnt wird und dessen grundlegendes Vertragswerk (das *Darfur Peace Agreement*) die Ursachen des Konfliktes weitgehend ausklammert. Die Frage, welchen Rückhalt die Rebellengruppen in der Bevölkerung von Darfur genießen, wurde während der Verhandlungen ausgeklammert. Gleichzeitig ist weder von europäischer Seite noch von der Afrikanischen Union jemals ein ernsthafter Versuch unternommen worden, mit den traditionellen Autoritäten oder mit Vertretern der Zivilgesellschaft in Darfur in einen Dialog über notwendige Schritte zur Lösung des Konfliktes zu treten.

Trotz der in Brüssel und in den anderen europäischen Hauptstädten vielfach beschworenen Zielvorgabe einer integrierten Konfliktlösungsstrategie, die eine Verknüpfung von militärischen Maßnahmen mit Interventionen der Entwicklungszusammenarbeit und diplomatischen Initiativen vorsieht, reduziert sich die Präsenz der westlichen Staaten in Darfur auf die humanitäre Hilfe. Die europäische Politik oszilliert weiter zwischen Ignoranz, Delegation und dem Ruf nach militärischen Aktivismus. Dabei haben die Erfahrungen von AMIS gezeigt, dass auch regionale Lösungen ein substanzielles Engagement der internationalen Gemeinschaft erfordern, um eine Erfolgchance zu haben.

<sup>1</sup> Der vollständige Text des Darfur Peace Agreement ist im Internet unter [www.unmis.org/english/dpa.htm](http://www.unmis.org/english/dpa.htm) nachzulesen

<sup>2</sup> Vgl. Julie Flint und Alex de Waal. 2005. „Darfur. A short history of a long war.“ African Arguments. London, Zed Books: New York

<sup>3</sup> Vgl. Olivia Bennett (ed.). *Greenwar Environment and Conflict*. London: Panos Books.

<sup>4</sup> Vgl. Alex de Waal. 2004. „Counterinsurgency on the Cheap.“ In *London Review of Books*. Vol. 26, No. 15, 5. August

<sup>5</sup> Es ist nur relativ wenig über den Zusammenhang zwischen den Ölvorkommen und dem Konflikt in Darfur bekannt, eine aktuelle Karte weist zwei Konzessionen (Block C und Block 6) auf dem Gebiet der Provinz Süddarfur aus. [www.epcosonline.org](http://www.epcosonline.org)

<sup>6</sup> Vgl. International Crisis Group. 2004. „Darfur Rising: Sudan's New Crisis.“ *Africa Report* No. 76, Nairobi/Brussels, March; Khalid Y. Khalafalla. 2005. „Der Konflikt in Darfur.“ In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 4/2005

<sup>7</sup> Vgl. Hugo Slim. 2004. „Dithering over Darfur? A preliminary review of the international response.“ In: *International Affairs*, 80, 5,

<sup>8</sup> Vgl. Gérard Prunier. 2005. *Darfur: the ambiguous genocide*, London: Hurst, S. 138–148

<sup>9</sup> Vgl. Regina Bernhard und Hildegard Lingnau. 2004. „Die Vereinten Nationen und die Darfur-Krise. Nationale Interessen stehen einer Lösung im Wege.“ In: *Vereinte Nationen* 5/2004; John Pendergast: „U.S.'s Deadly Errors in Darfur.“ In: *Philadelphia Inquirer*, 14. September

<sup>10</sup> Zitiert nach: William G. O'Neill und Violette Cassis. „Protecting Two Million Internally Displaced: The Successes and Shortcomings of the African Union in Darfur.“ *Occasional Paper*, The Brookings Institution/University of Bern, S. 17

<sup>11</sup> Vgl. Seth Appiah-Mensah. 2005. „AU's Critical Assignment in Darfur. Challenges and constraints.“ In: *African Security Review*, 14 (2), S. 7–21

<sup>12</sup> Vgl. Human Rights Watch. 2006. „Imperatives for Immediate Change. The African Union Mission in Sudan.“ Vol.18, No. 1(a), Januar

<sup>13</sup> Vgl. John Pendergast. 2006. „U.S.'s Deadly Errors in Darfur.“ In: *Philadelphia Inquirer*, 14. September

<sup>14</sup> Vgl. Mariam Bibi Jooma. 2006. „Darfur and the Battle for Khartoum.“ *ISS Situation Report*. 4. September. S. 13

<sup>15</sup> Vgl. Ulrich Golaszinski. 2004. „Africa's Evolving Security Architecture.“ *FES*, Oktober

<sup>16</sup> Vgl. European Union. 2006. „European Union response to the Darfur Crisis.“ *European Union Factsheet*. Juli, S201/06, ([www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/sg/90538.pdf#search=%22%22African%20Peace%20Facility%22%202006%22](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/sg/90538.pdf#search=%22%22African%20Peace%20Facility%22%202006%22))

<sup>17</sup> Vgl. International Crisis Group (ICG). 2005. „The EU/AU Partnership in Darfur: not yet a winning combination.“ *Africa Report* No. 99, 25. Oktober

<sup>18</sup> Vgl. William G. O'Neill und Violette Cassis. „Protecting Two Million Internally Displaced: The Successes and Shortcomings of the African Union in Darfur.“ *Occasional Paper*, The Brookings Institution/University of Bern, S. 51

<sup>19</sup> Zitiert nach: Julie Flint und Alex de Waal. 2005. „Darfur. A short history of a long war.“ *African Arguments*. London, Zed Books: New York, S. 120–121

<sup>20</sup> Zur Thematik der Effektivität und Nachhaltigkeit von Sanktionen s. auch Michael Brzoska (Hrsg.). 2001. „Smart Sanctions: The Next Steps. The Debate on Arms Embargoes and Travel Sanctions within the Bonn-Berlin Process.“ *Nomos*, Baden-Baden und Volker Böge u.a. 2006. „Who's Minding the Store? The Business of Private, Public and Civil Actors in Zones of Conflict.“ *Brief* No. 32, Bonn, BICC. S. 46–62.

<sup>21</sup> Vgl. International Crisis Group (ICG). 2006. „Getting the UN into Darfur.“ *Africa Briefing* No. 43, 12. Oktober